



20 Jahre Dialog und öffentlicher Diskurs an einem für die Bundesrepublik Deutschland historischen Ort

Samstag, 26. April 2025
10.00 - 15.00 Uhr

**Steigenberger
Grandhotel Petersberg**

Petersberger Gespräche zur Sicherheit

20 Jahre Dialog und öffentlicher Diskurs an einem für die Bundesrepublik Deutschland historischen Ort

Mit Stolz und Genugtuung blicken die Kooperationspartner auf das nunmehr 20. Petersberger Gespräch zur Sicherheit. Am 26. April 2025 wird die renommierte Veranstaltung wieder im Gästehaus auf dem Petersberg stattfinden. Grund genug, einen Blick auf die Anfänge und die Entwicklung zu werfen.

Hoch über dem Rheintal, auf dem Plateau des Berges (335,9 Meter) im Siebengebirge bei Bonn, wurde 1892 erstmals ein Hotel eröffnet. 1911 erwarb es die Familie Ferdinand Mülhens, Inhaber der Firma 4711. Später zum Kurhotel umgebaut, genoss es in den 1930er Jahren Weltruf. Nach dem Zweiten Weltkrieg war es bis zum Sommer 1952 Sitz der Alliierten Hohen Kommissare, der Institution der Hauptsiegermächte USA, Großbritannien und Frankreich in Westdeutschland.

Hier stellte Bundeskanzler Konrad Adenauer am 21. September den Hohen Kommissaren sein Kabinett vor und das Besatzungsstatut wurde übergeben. Es regelte die Befugnisse und Zuständigkeiten zwischen der deutschen Regierung und der Alliierten Kontrollbehörde. Die Kommissare standen auf dem ausgelegten Teppich, den Adenauer entgegen dem Protokoll betrat. Mit dieser symbolischen Geste wollte er seine

„Gleichberechtigung“ zum Ausdruck bringen.

Am 24. November 1949 wurde das so genannte Petersberger Abkommen, benannt nach dem Amtssitz der Kommissare, unterzeichnet. Es regelte den Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat (als assoziiertes Mitglied) und zur Ruhrbehörde. Es gab der Bundesregierung das Recht, konsularische Beziehungen zu anderen Staaten aufzunehmen. Noch vor Jahresende unterzeichnete die Bundesrepublik ihren ersten völkerrechtlichen Vertrag: das Abkommen mit den Vereinigten Staaten vom 15. Dezember 1949, das die Bundesrepublik und West-Berlin in die amerikanische Marshallplan-Hilfe einbezog.

Am 16. Mai 1950 erklärten die Hohen Kommissare, dass die Bundesrepublik mit Planungen zur inneren Sicherheit beginnen könne. Der Bundeskanzler betraute Theodor Blank mit diesen Aufgaben. Sein neu eingerichtetes Amt trug den Namen: Beauftragter des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen. Am 7. Juni 1955 wurde daraus das Bundesministerium für Verteidigung. Sicherheitspolitik spielte auf dem

Petersberg also schon bei der Gründung der Bundesrepublik Deutschland eine Rolle.

Nach 1954 diente das Hotel als Residenz für Staatsgäste der Bundesrepublik. Haile Selassie, Kaiser von Äthiopien (1954), Mohammad Reza Pahlavi (Schah von Persien) mit seiner Gemahlin Soraya (1955) oder Königin Elisabeth II. von Großbritannien und Nordirland. Bei ihrem Staatsbesuch 1965 stiftete sie das erste Fahnenband für die Truppenfahne des Wachbataillons.

Eine Episode von vielen Staatsbesuchen auf dem Petersberg geschah 1973. Leonid Breschnew, Generalsekretär der KPdSU, erhielt als Gastgeschenk einen Mercedes 450 SLC, den er bei der ersten Probe fast zu Schrott fuhr. Später wurde ein neues Modell nach Moskau geliefert.

1979 erwarb die Bundesregierung die gesamte Anlage auf dem Petersberg und ließ sie umbauen und sanieren. Dies zog sich über Jahre hin und erst im August 1990 erfolgte die Wiedereröffnung durch die Betreibergesellschaft Gästehaus Petersberg GmbH.

1992 wurden auf dem Petersberg bei einem Ministerratstreffen der Westeuropäischen Union (WEU) Aufgaben zur Konfliktlösung vereinbart. Diese wurden 2009 in Lissabon um die sogenannten Petersberg-Plus-Aufgaben ergänzt: Gemeinsame

Abrüstungsmaßnahmen, humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, Aufgaben der militärischen Beratung und Unterstützung, Aufgaben der Konfliktverhütung und der Erhaltung des Friedens sowie Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen und Operationen zur Stabilisierung der Lage nach Konflikten.

Vom 27. November bis 5. Dezember 2001

blickte die Welt bei der 1. Afghanistan-Konferenz „UN-Talks on Afghanistan“ hoffnungsvoll auf eine friedliche Lösung des Krieges am Hindukusch. Die Bundesregierung war Gastgeber der Konferenz, nicht Vermittler oder Moderator. Das dort verabschiedete Bonner Abkommen, auch Petersberg-Abkommen genannt, leitete den so genannten Petersberg-Prozess ein. Dieser gilt seit den Parlamentswahlen in Afghanistan 2005 als abgeschlossen. Auf der Konferenz wurde auch der Einsatz der International Security Assistance Force (ISAF) beschlossen. Dies wurde durch die Resolution 1386 der Vereinten Nationen vom 20. Dezember 2001 gebilligt.

Vor diesem Hintergrund lag es nahe, die Ausstrahlung des Petersbergs für ein Diskussionsforum zu nutzen, das an Sicherheitspolitik, Bündnis- und Landesverteidigung interessierte Bürger an diesem für die Westbindung Deutschlands historisch bedeutsamen Ort zusammenführt. Auf Einladung von Ulrike Merten, seit 1998 Mitglied des Deutschen

Bundestages und seit 2002 stellvertretende Sprecherin der Arbeitsgruppe Sicherheit der SPD-Bundestagsfraktion, fand 2005 das erste Petersberger Sicherheitsgespräch statt. Kooperationspartner war die Karl-Theodor-Molinari-Stiftung. Mitveranstalter ein Bundestagsmitglied aus Nordrhein-Westfalen. Organisator und Moderator von der 1. bis zur 18. Veranstaltung 2023 war Joachim Schaprian. Merten wurde 2005 auch Vorsitzende des Verteidigungsausschusses und 2010 zur Präsidentin der Gesellschaft für Sicherheitspolitik gewählt. In Berlin gab es viele Foren, aber hier in der Nähe des Verteidigungsministeriums, der zur Bundeswehr gehörenden Dienststellen in Köln, Bonn und Koblenz und vieler anderer wichtiger Dienststellen im Umkreis von ca. 50 Kilometern, konnten viele interessierte Bürgerinnen und Bürger erreicht werden.

Die Zuhörerschaft reicht von Schulklassen, die sich im Leistungskurs mit Sicherheitspolitik beschäftigen, über Studierende verschiedener Fachrichtungen, Mitglieder des Bundesverbandes Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH), die vom Verband der Reservisten betreut werden, Veteranen, die Mitglied im Deutschen Bundeswehrverband oder im Reservistenverband sind, Angehörige von Blaulichtorganisationen bis hin zu Bürgerinnen und Bürgern, die das Informationsangebot der Experten und die Gesprächsmöglichkeiten in der Diskussion oder in den Pausen gerne nutzen. Immer wieder sieht man auch ausländische

Uniformen unter den Teilnehmern. Es handelt sich um Lehrgangsteilnehmer des Bundessprachenamtes, die sich hier auf eine Ausbildung in Einrichtungen der Bundeswehr vorbereiten. Mit im Schnitt rund 350 Teilnehmern war die Rotunde des Hotels immer gut gefüllt.

Kooperationspartner war von Anfang an die 1988 gegründete Karl-Theodor-Molinari-Stiftung des Deutschen Bundeswehrverbandes, die inzwischen den Namen Bildungswerk des Deutschen Bundeswehrverbandes trägt.

Das sicherheitspolitische

Themenspektrum hat sich in der zwanzigjährigen Geschichte der Petersberger Gespräche in seinen Schwerpunkten verschoben. Im Jahr 2009 stand die NATO - Bilanz und Perspektiven im Mittelpunkt der Vorträge und Diskussionen. Der Botschafter der Französischen Republik in Berlin erläuterte unter anderem die Gründe für die Rückkehr Frankreichs in die militärische Organisation der NATO.

2012 war es Außenminister Sigmar Gabriel, der für eine engere Verzahnung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der Europäischen Union (EU) plädierte, an deren Ende eine europäische Armee stehen könnte. Mehr Kooperation wurde gefordert, der Verzicht nationalstaatlicher Souveränität aber abgelehnt. Generalinspekteur Volker Wieker machte deutlich, dass die Bundeswehr seit der

Aussetzung der Wehrpflicht, dem „legitimen Kind der Demokratie“, wie sie der erste Bundespräsident Theodor Heuss nannte, eine Freiwilligenarmee sei. Wieker sprach von einem „Spannungsdreieck“, in dem man sich bewege. „Politisch diktierte Umfänge, verteidigungspolitische Spannungen und finanzielle Vorgaben“ müssten in ein ausgewogenes Verhältnis gebracht werden. Dass die Bundeswehr der Zukunft aber mehr Musikkorps als Panzerbataillone haben werde, so ein Diskussionssteilnehmer, ließ das Plenum nachdenklich zurück.

Über die Herausforderungen für die europäische Sicherheitsarchitektur referierte Stephan Steinlein, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, am 11. Oktober 2014. Der Konflikt um den Donbass stellt eine Zäsur im Verhältnis der Europäischen Union zu Russland dar. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg werden in Europa wieder Grenzen gewaltsam verschoben. „Wenn Russland und der Westen in der Ukraine-Frage uneins bleiben, droht eine gegenseitige Blockade auch in anderen Fragen im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Schon damals kritisierte der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses und spätere Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels den Zustand der Ausrüstung der Bundeswehr. Generalinspekteur Volker Wieker hingegen sah die Bundeswehr in der Lage, aktuelle Einsatzverpflichtungen zu erfüllen, langfristige Einsätze zu bewältigen und kurzfristig auf Krisen zu reagieren.“

Am 24. Oktober 2015 nahm erstmals auch die Gesellschaft für Sicherheitspolitik als Partner am Sicherheitsgespräch teil. Erneut stellten die Referenten Überlegungen zur Zukunft der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik vor, wie aktuellen Krisen begegnet werden kann und wie Konfliktprävention hilft, diese gar nicht erst entstehen zu lassen.

Am 8. Oktober 2016 war es erneut Frank-Walter Steinmeier, nun als Außenminister, der in seiner ernüchternden Rede feststellte: „Wir leben heute in einer krisengeschüttelten Welt, in der Sicherheit und Stabilität nicht mehr selbstverständlich sind. Auch nicht in Europa.“ Schon damals rief er zu „Wachsamkeit und Besonnenheit“ auf. Das zu lesen, lohnt sich auch heute. (www.auswaertiges-amt.de)

Was in Steinmeiers Rede im vergangenen Jahr deutlich wurde, fand am 1. Juli 2017 in der Themensetzung der beiden Panels: „Internationale Ordnung im Wandel: Neue Herausforderungen für das Krisenengagement der Bundesregierung“ und „Die Bundeswehr im Einsatz. Sachstand - Erfahrungen - Perspektiven“ seine Fortsetzung. Die Teilnehmer stellten in Bezug auf das Themen- und Zeitbudget eine Herausforderung für den Moderator Hans-Joachim Schaprian dar. Wegen Renovierungsarbeiten auf dem Petersberg waren die Veranstalter in das Maritim Hotel in Königswinter ausgewichen.

Am 13. Oktober 2018 waren die Renovierungsarbeiten im Steigenberger Grandhotel Petersberg abgeschlossen und das mittlerweile 14. Gespräch konnte wieder in der Rotunde stattfinden. General Eberhard Zorn, seit April Generalinspekteur, stellte den Zuhörern seine Zukunftsvision für die Streitkräfte zur „Personal-, Ausrüstungs- und Finanzlage - Herausforderungen und Perspektiven für die Fähigkeitsentwicklung und Einsatzbereitschaft der Bundeswehr“ vor. Nach dem Weißbuch 2016 waren im Frühjahr die Konzeption der Bundeswehr und im September das Fähigkeitsprofil für die künftigen Aufgaben verabschiedet worden.

Ging es im vergangenen Jahr um den inneren Zustand der Streitkräfte, standen am 19. Oktober 2019 die aktuelle Bündnisverteidigung, die NATO und die Europäische Union im Mittelpunkt der 15. Petersberger Gespräche. Erneut folgten rund 300 Teilnehmer aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Industrie und Zivilgesellschaft der Einladung von Wolfgang Helmich, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, der Karl-Theodor-Molinari-Stiftung des Deutschen Bundeswehrverbandes und der Gesellschaft für Sicherheitspolitik. In den Diskussionen, die durch Impulse der Referenten eingeleitet wurden, kamen unterschiedliche Meinungen und Standpunkte zur Sprache. Am Ende war man sich einig, dass die Zeit für die Beteiligung des Publikums zu kurz war.

Aufgrund der Corona-Pandemie konnte 2020 keine Veranstaltung stattfinden, so dass „Die Weiterentwicklung der NATO“ am 13. März 2021 als Online-Angebot von 10:30 bis 13:30 Uhr stattfand. Thomas de Maizière stellte die Ergebnisse einer internationalen Arbeitsgruppe vor, die Visionen für die NATO im Jahr 2030 entwickelt hatte. Er leitete diese als Vorsitzender.

Knapp vier Monate nach dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine fanden am 18. Juni 2022 die nächsten Petersberger Gespräche statt. Aus organisatorischen Gründen erneut in Königswinter. Seit dem 24. Februar ist die sicherheits- und verteidigungspolitische Ordnung in Europa zusammengebrochen. Bundeskanzler Olaf Scholz hatte die Zeitenwende unter anderem mit dem 100-Milliarden-Sondervermögen für die Bundeswehr eingeläutet. Die politischen und militärischen Herausforderungen für Deutschland, die NATO und die Europäische Union waren Gegenstand der Vorträge und Diskussionen. Die Hoffnung auf ein stärkeres Miteinander von Politik, Militär und Gesellschaft war an diesem Tag spürbar.

„Zeitenwende in der Sicherheitspolitik - Deutschlands Weg in eine neue Ordnung“ hatten die Veranstalter das 18. Peterberger Sicherheitsgespräch am 7. Juni 2023 überschrieben. Der Kongresssaal im Maritim Hotel in Königswinter war wieder bis auf den letzten Platz gefüllt. In

seiner Begrüßungsrede erinnerte Wolfgang Hellmich, MdB, Sprecher der Arbeitsgruppe Sicherheits- und Verteidigungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion, an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der damaligen DDR. Es war der erste Versuch im Ostblock, sich von der kommunistischen Gewaltherrschaft zu befreien, der von den Sowjets blutig niedergeschlagen wurde. Dies sollte all jenen eine Mahnung sein, die heute die Verteidigung der Ukrainer kritisch sehen. Die Auswirkungen der politischen Zeitenwende auf die Bundeswehr standen an diesem Tag im Mittelpunkt der Vorträge und Diskussionen.

Zeitenwende auf der Kippe? Unter diesem sicherheitspolitischen Generalthema standen die beiden Panels der 19. Petersberger Sicherheitsgespräche. „Wir leben in einem Zeitalter der strategischen Überraschungen“, sagte Hans-Peter Bartels in seiner Begrüßung und Key-Note. Weder die Referenten noch das Publikum konnten ahnen, dass die Ampelregierung fünf Wochen später kippte. Seitdem ist die geopolitische Lage der Welt noch fragiler geworden.

In der Einladung zum 20. Petersberger Gespräch am 26. April heißt es, dass die Welt gerade neu vermessen wird. Nehmen Sie teil, um zu erfahren, wie das gemacht wird.

Text: Peter E. Uhde

Layout: Friedrich W. Benz, Reiner Wehnes; Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V. (GSP)



20 Jahre Petersberger Gespräche zur Sicherheit

1. 18.03.2005 Herausforderung an die Bundeswehr "Wehrpflicht-Transformation- Ausrüstung"
2. 11.03.2006 Herausforderungen der deutschen Sicherheitspolitik
3. 10.03.2007 Herausforderungen und Perspektiven der europäischen Sicherheitspolitik
4. 08.03.2008 Kriseneinsätze von Streitkräften-Bilanz und Perspektiven
5. 14.03.2009 Die NATO – Bilanz und Perspektiven
6. 06.03.2010 Konzept der vernetzten Sicherheit und Wehrstruktur auf den Prüfstand
7. 12.03.2011 Neuausrichtung der Bundeswehr
8. 10.03.2012 Weiterentwicklung der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Europa
9. 09.03.2013 Deutsche und Europäische Außen und Sicherheitspolitik – Neuausrichtung der Bundeswehr
10. 11.10.2014 Aktuelle Herausforderungen für die europäische Sicherheitsarchitektur/Auslandeinsätze und Reform-Sachstand Bundeswehr
11. 24.10.2015 Die Zukunft der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik – Krisen- und Konfliktprävention
12. 08.10.2016 Perspektiven der dt. Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik
13. 01.07.2017 Internationale Ordnung im Umbruch
14. Kö. 13.10.2018 Aktuelle Herausforderungen und Perspektiven der deutschen und europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik
15. 19.10.2019 Bündnisverteidigung heute: NATO und EU unter Druck
16. 13.03.2021 Die Weiterentwicklung der NATO
17. Kö. 18.06.2022 Deutschlands Verantwortung für Europa und die Welt
18. Kö. 17.06.2023 Zeitenwende in der Sicherheitspolitik – Deutschlands Weg in eine neue Ordnung
19. 28.09.2024 Zeitenwende auf der Kippe?
20. 26.04.2025 Panel I: „Whatever it takes – Europa rüstet sich“
Panel II: „Gesamtverteidigung – Was kommt da auf uns zu?“